

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



Mit 68'390 beglaubigten Unterschriften ist das Referendum gegen das ruinöse Energiegesetz zustande gekommen. Einen grossen Dank an alle Sammlerinnen und Sammler sowie an das überparteiliche Komitee und alliance énergie für den grossen Einsatz. Damit kann die Schweizer Bevölkerung am 21. Mai über das unbezahlbare Energiegesetz abstimmen.

JETZT an die Urne!

NEIN zur erleichterten Einbürgerung

JA zum NAF

JA zur Steuerreform



Die SVP in den Schweizer Medien

Blick SVP will Personenfreizügigkeit kündigen

LE CHÂBLE - VS - Nachdem die Initiative gegen die Masseneinwanderung nicht zum erwünschten Erfolg geführt hat, legt die SVP jetzt nach: Sie plant eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit. BLICK war dabei.



TagesAnzeiger

Front Zürich **Schweiz** International Wirtschaft Börse Sport Kultur Reisen Wissen Auto Blogs Panorama Mehr -
Bildstreifen

«Bei einem Nein zur USR III müssen wir sparen»

Für den Fall, dass die Schweizer Bevölkerung die Unternehmenssteuerreform III ablehnt, plant Bundesrat Ueli Maurer ein Milliarden-Sparprogramm.



Basler Zeitung

Front Basel **Schweiz** Ausland Börse Wirtschaft Kultur Sport Auto Leben Panorama Digital Blogs
Bildstreifen

In 20 Jahren «sind es dann die Afrikaner»

Die SVP stellt sich gegen die erleichterte Einbürgerung. Parteipräsident Albert Rösti fordert sogar mehr Kontrollen.



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

**MEHR ALS EINE
DRUCKEREI**



DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60
4601 Olten
T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

Das Wort des Parteipräsidenten



Die verlogene Politik der SP

Die SP, in grauen Vorzeiten einmal die Partei des «kleinen Mannes», hat im Abstimmungskampf um die Unternehmenssteuerreform III scheinbar ihren Horizont erweitert: Sie sorgt sich nun um die steuerliche Belastung des Mittelstandes. Das ist revolutionär. Revolutionär heuchlerisch!

Die Sozialhilfe- und Arbeitslosenkosten explodieren. Wieso?

Weil die Linken die Zuwanderung nicht steuern und kontrollieren wollen, sondern viel lieber die Steuergelder des Mittelstandes für die Zuwanderer ausgeben.

Die Asylkosten explodieren. Wieso?

Weil die Linken die Wirtschaftsmigranten nicht nach Hause schicken, sondern mit den Steuergeldern des Mittelstands von A bis Z versorgen.

Die Entwicklungshilfekosten explodieren. Wieso?

Weil die Linken die Steuergelder des Mittelstandes mit vollen Händen in viele korrupte Projekte investieren.

Die Liste des verschwenderischen Umgangs der Linken mit den Steuergeldern des Mittelstandes, d.h. mit fremden Geld, könnte praktisch unendlich verlängert werden. Städte wie Biel, über Jahrzehnte von den Linken dominiert, sind de facto bankrott. Die Steuereinnahmen in Biel decken nicht einmal die Kosten der Sozialhilfe.

Lassen Sie sich nicht von den Schallmaienklängen dieser Heuchler verführen. Das wirtschaftspolitische Denken der SP kommt aus der Mottenkiste von Karl Marx und will «eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums» und «den Boden als Gemeingut» sichern etc. Der Staat regelt alles und verteilt um. Wer bezahlt? Der Mittelstand mit höheren Steuern, Abgaben und Gebühren.

Ich bitte Sie deshalb, dieser verlogenen Kampagne der Linken eine klare Absage zu erteilen. Gehen Sie jetzt an die Urne. Motivieren Sie alle Ihre Bekannten und Freunde ebenfalls an die Urne zu gehen. Sagen Sie JA zu unserem Wirtschaftsstandort und Wohlstand - JA zur Unternehmenssteuerreform.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Den Linken nicht auf den Leim kriechen

Am 12. Februar 2017 stimmen wir über die für die Schweiz sehr wichtige Unternehmenssteuerreform III ab. Inzwischen überbieten sich die Linken und Grünen mit abstrusen Behauptungen und spielen sich unvermittelt als Hüter des Mittelstandes auf. Aber lassen wir uns nicht täuschen! Die Linken und Grünen haben sich noch nie für eine Entlastung des Mittelstandes eingesetzt, sondern führen im Gegenteil laufend höhere Steuern und Abgaben für diese ein!

Bisher konnten wir in der Schweiz internationale Unternehmen speziell besteuern. Damit sind wir sehr gut gefahren. Diese Unternehmen zahlen nämlich die Hälfte der Bundessteuern (5 Milliarden Franken) und jeden 5. Franken

Von der Steuerreform profitieren alle
Sicher ist, dass bei einem JA die Kantone gut 1 Milliarde Franken mehr vom Bund zurückbekommen. Bei wachsenden Bundeseinnahmen von 8 Milliarden Franken pro Jahr bis 2019 kann der Bund sich das durchaus "leisten"!

Jede Unternehmenssteuerreform bisher brachte der Schweiz danach mehr Steuereinnahmen und mehr Arbeitsplätze als zuvor (auch die letzte).

Ein Nein zur Reform würde teuer

Die Behauptung, dass nach einem Nein rasch eine bessere Lösung gefunden würde, ist leider nicht realistisch. An der Vorlage wurde fast 10 Jahre gearbeitet, ohne dass die Linke Alternativen gebracht hätte. Aufgrund der internationalen Steuersituation entscheiden die Unternehmen jetzt, wo sie wie tätig sein werden in Zukunft. Wir haben also keine Zeit zu verlieren.

Linke will die Unternehmen weiter schröpfen

Die Strategie der Linken, die Unternehmen noch zu schröpfen, bis alle mit ihren Steuern und Arbeitsplätzen weg sind, wollen wir nicht! Wer soll dann die Staatsausgaben zahlen und wer Arbeitsplätze schaffen? Wir von der SVP wissen, dass es gesunde und starke Unternehmen braucht, dass wir von deren Steuern profitieren und dass wir auch für unsere Jugend attraktive Arbeitsplätze anbieten wollen!

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) annehmen?

Antwort

JA

unserer Kantonsteuern (2-3 Milliarden Franken). Sie beschäftigen über 150'000 Mitarbeiter (also etwa gleich viel wie die ganze Bankbranche in der Schweiz) und betreiben die Hälfte der Forschung und Entwicklung. Wenn diese Unternehmen plötzlich den normalen Steuersatz bezahlen müssten, würden sie früher oder später wegziehen und 5-7 Milliarden Steuern und 150'000 Arbeitsplätze mitnehmen. Denn diese Unternehmen sind international begehrt. Mit der Steuerreform bekommen nun diejenigen Kantone, welche nicht besonders tiefe Steuersätze haben, die Möglichkeit, wieder Spezialbesteuerungen (diesmal auch für Schweizer Unternehmen) einzuführen. Jeder Kanton ist unterschiedlich, jeder Kanton kann selber entscheiden, ob und was er macht. In den meisten Kantonen wird darüber später auch noch das Volk entscheiden.

Sicher ist auch, dass diejenigen Unternehmen, die bisher steuerlich bevorzugt waren, trotz aller Ersatzmassnahmen bei einem JA mehr Steuern als heute bezahlen werden. Neu können aber viele Schweizer Unternehmen ebenfalls von einer tieferen Steuerbelastung profitieren. Und wenn die Kantone geschickt sind, bin ich persönlich überzeugt, dass der Standort Schweiz attraktiv bleibt und auch neue Unternehmen sich ansiedeln und zusätzliche Steuern zahlen.

**Kriechen Sie den Linken nicht auf den Leim!
Stimmen Sie unbedingt JA zur Steuerreform und überzeugen Sie noch möglichst viele weitere Personen, an die Urne zu gehen. Denn: Jede Stimme zählt!**

Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (GR)
Verantwortliche SVP-Wirtschaftspolitik



Bund will vom Schreibtisch aus einbürgern – Gemeinden tragen die Verantwortung

Den Kantonen steht es heute frei, im kantonalen Recht Einbürgerungserleichterungen für Ausländer der dritten Generation vorzusehen. Neu will man allen eine Einheitspraxis aufzwingen. Wie oft sprechen wir vom Föderalismus? Wie oft wird er hoch gepriesen?



Pressekonferenz der SVP Schweiz gegen Masseneinbürgerung mit (von links) Nationalrat Michael Buffat (VD), Mitglied der SPK-N, Nationalrat Albert Rösti (BE), Parteipräsident, Nationalrätin Barbara Steinemann (ZH), Mitglied der SPK-N und Nationalrat Andreas Glarner (AG), Verantwortlicher Asyl- und Ausländerpolitik in der Parteileitung und Mitglied der SPK-N.

Alleine zwischen 2005 bis 2015 wurden 410'448 Ausländer eingebürgert. Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Zürich.

Viele wollen gar keinen Schweizer Pass

Die Befürworter der Abstammungsvorlage zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation argumentieren stets mit den gut integrierten Italienerinnen und Italienern. Das stimmt. Die gibt es. Und wir schätzen sie. Doch sie alle haben heute schon die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen. Es dauert wohl kein Jahr und sie haben den Schweizer Pass. Doch viele von ihnen wollen gar keinen Schweizer Pass. Sonst hätten sie ihn schon lange.

Mit der neuen Regelung will man den Schweizer Pass den Menschen der dritten Generation buchstäblich aufzwingen. Das ist keine gute Voraussetzung.

Bundesverwaltung will vom Schreibtisch aus einbürgern

Die Integration ist die wichtigste

Voraussetzung, um als Ausländer das Schweizer Bürgerrecht zu erhalten. Die Einbürgerung muss stets der letzte Schritt der Integration sein und nicht der erste. In einer Gemeinde können die Einwohner und die Verantwortlichen am besten beurteilen, ob sich der Gesuchsteller in das Gemeindeleben integriert hat.

«Dass im Schnitt 75 bis 80 Prozent der Sozialhilfeempfänger Migrationshintergrund haben (aber nur rund 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger einen ausländischen Pass besitzen), ist eine ebenso unschöne Folge einer leichtfertigen Einbürgerungspraxis, wie wenn Leute von ausserhalb des europäischen Kulturkreises den Pass bloss beantragen, um bequemer den Einkaufstourismus ins grenznahe Deutschland tätigen zu können.»



Barbara Steinemann, SVP-Nationalrätin, Watt (ZH)

«Gewisse politische Kreise wollen den hohen Ausländeranteil in der Schweiz mit Einbürgerungen «künstlich» senken. Alle paar Jahre kommen deshalb Vorlagen zur Abstimmung, die Erleichterungen, Vereinfachungen oder gar Automatismen bei Einbürgerungen verlangen. Schon heute können sich junge Ausländerinnen und Ausländer problemlos einbürgern, wenn sie die Auflagen erfüllen und integriert sind. Doch viele wollen das gar nicht. Es gibt also keinen Grund, die Einbürgerungspraxis ein weiteres Mal aufzuweichen.»

Thomas Burgherr, SVP-Nationalrat, Wiliberg (AG)



Neu soll für unter 25-jährige Ausländer (bzw. in einer Startphase unter 35-jährige), welche die formellen Voraussetzungen erfüllen, ein standardisiertes und vereinfachtes Einbürgerungsverfahren mit mehr oder weniger automatisiertem Schriftenwechsel gelten. Das Migrationsamt von Bundesrätin Sommaruga in Bundesbern entscheidet für alle Jungen in der ganzen Schweiz aufgrund der Akten, ohne sich die Person anzuschauen. Bei Annahme der erleichterten Einbürgerung gibt es kein mündliches Verfahren mehr, kein Vorsprechen vor einer Kommission und keine Abstimmung in den Gemeindebehörden.

haben in der Realität aber andere Probleme, als sich gegen unverständliche Entscheide der Bundesbehörden juristisch zu wehren. Das weiss die Bundesverwaltung genau. Die praktische Bedeutung des Mitwirkungsrechts dürfte deshalb gegen Null tendieren.

gant auf die Kantone und Gemeinden ab. Diese hätten sich ja melden müssen, wenn sich ein erleichtert Eingebürgerter nachträglich als nicht integriert entpuppt. Deshalb stimmte der Ständerat der Vorlage mit 25 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung nur relativ knapp zu.

«In den letzten 10 Jahren, d.h. von 2005 bis 2015, hat sich der Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung um mehr als eine halbe Million erhöht, obwohl im gleichen Zeitraum 410'448 Ausländer eingebürgert wurden. Damit ist der Ausländeranteil mittlerweile, trotz der vielen Einbürgerungen, auf 24.6% angestiegen.»



Sandra Sollberger, SVP-Nationalrätin, Bubendorf (BL)

Gemeinden wollen kein Mitwirkungsrecht, sie wollen entscheiden
Befürworter führen als Argument ins Feld, die Gemeinden und Kantone hätten immer noch ein Mit-

Bund will einbürgern, aber Verantwortung abschieben
Offensichtlich traut der Gesetzgeber dieser ganzen Konstruktion selbst nicht ganz. Anscheinend rechnet er

Kurz: Die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation ist unnötig. Alle in Frage kommenden Einbürgerungen können über das ordentliche Verfahren abgewickelt werden, denn wir haben heute ein bewährtes System. Es braucht keine Änderung. Deshalb stimme ich aus Überzeugung Nein.

«Eine sorgfältige Überprüfung, nahe beim Einbürgerungswilligen (nämlich bei der Gemeinde), ist richtig. Die tatsächliche Integration sollte ausschlaggebend sein für eine Einbürgerung, nicht der Geburtsort und fünf Jahre Schulbesuch in der Schweiz. Denn diese kurze Wohnsitzdauer lässt beim besten Willen keine abschliessende Beurteilung einer gelungenen Integration zu.»



Bruno Walliser, SVP-Nationalrat, Volketswil (ZH)

wirkungsrecht, sie dürften dann gegen die im erleichterten Verfahren gewährten Einbürgerungen der Bundesverwaltung Rechtsmittel einlegen. Gemeindebehörden

damit, dass ihm bei den kaum mehr durchgeführten Abklärungen auch Fehlentscheide passieren können. Die Verantwortung schiebt er deshalb mit dem Mitwirkungsrecht ele-

von Ständerat
Peter Föhn,
Muotathal (SZ)



UNSER BESTSELLER NOCH BESSER



Der neue ASX schon ab CHF 17'999.–*

Erleben Sie den neuen ASX mit seiner neuen Fahrzeugfront im «Dynamic Shield» Look, dem genialen Mitsubishi Global Navigation MGN Infotainment System mit «Apple CarPlay und Android Auto», hochwertigen 18-Zoll-Alufelgen, Xenon-Scheinwerfer «Super Wide Range HID», Klimaautomatik und weiteren genialen Details jetzt bei Ihrem Mitsubishi Partner.¹



www.facebook.com/mitsubishiCH

www.mitsubishi-motors.ch

Genial bis ins Detail.



*ASX 2WD 1.6 Pure, 86 kW (117 PS), empfohlener Nettopreis, gültig bis 30.04.2017, inkl. MWST CHF 17'999.–. Normverbrauch 5.7 l/100km, 132 g CO₂/km (CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 134 g/km), Energieeffizienzklasse E. ¹Die aufgeführten Ausstattungen sind nicht in allen Modellen verfügbar. Bitte beachten Sie die Ausstattungshinweise. Abbildung: ASX 2.2 DID Style Anniversary 4x4, netto CHF 32'999.– (inkl. MWST und CHF 2'000.– Bonus) zuzüglich Metallic-Lackierung CHF 699.–, 110 kW (150 PS). Normverbrauch 5.8 l/100 km (Benzinäquivalent 6.5 l/100 km), 132 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse F.

JA zur Steuerreform

JA zur Sicherung von 5 Milliarden Steuereinnahmen und bis zu 400'000 Arbeitsplätzen

Unser heutiges Steuersystem ist international (OECD) nicht mehr akzeptiert. Damit laufen Unternehmen in der Schweiz heute Gefahr, dass sie im Ausland plötzlich nochmals besteuert werden. Dieses Risiko will kein Unternehmen eingehen. Die Unternehmen entscheiden deshalb, wie sie sich organisieren und in welchen Ländern sie aktiv sein wollen.

Davon betroffen sind sehr viele und sehr wichtige internationale Unternehmen in der Schweiz, insgesamt geht es um 24'000 Gesellschaften (sogenannte «Statusgesellschaften»), die heute eine bevorzugte Besteuerung haben. Müssten diese Unternehmen plötzlich den «normalen Steuersatz» bezahlen, hätten sie schlagartig deutlich mehr Steuern zu entrichten und würden in steuergünstigere Länder abwandern.

Diese Unternehmen sind wesentlich für die Schweiz.

- + Sie beschäftigen hier 150'000 Mitarbeitende, also etwa gleich viel wie die Banken! Weil sie auch viel investieren, hängen über Zulieferer- und Dienstleistungsbetriebe – also bei KMU und Gewerbe – nochmals 250'000 Arbeitsplätze an ihnen.
- + Sie forschen und entwickeln viel. Die Hälfte der privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der Schweiz kommt von ihnen.
- + Sie zahlen fast die Hälfte der Gewinnsteuern beim Bund – das sind jährlich über 5 Milliarden Franken. Je nach Kanton leisten sie auch in den Kantonen bedeutende Gewinnsteuern.

Wenn diese Unternehmen also abwandern, weil wir ihnen keine attraktive Besteuerung mehr anbieten können, sind bei uns bis zu 400'000 Arbeitsplätze, die Hälfte der privaten Forschung und Entwicklung und 5 Milliarden Franken Steuereinnahmen allein beim Bund gefährdet.



12. Februar 2017

Steuerreform Ja



Bundesrat Ueli Maurer

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartments

«Die Steuerreform macht unsere Arbeitsplätze sicherer und verhindert, dass Private und KMU mehr Steuern bezahlen müssen.»

Nein zu unbezahlbarer Energie zum Energiegesetz

Das überparteiliche Referendumskomitee gegen das ruinöse Energiegesetz hat am 19. Januar in Bern 68'390 beglaubigte Unterschriften übergeben. Damit kann die Schweizer Bevölkerung am 21. Mai über das unbezahlbare Energiegesetz abstimmen. Die Schweiz hat heute eine bewährte, bezahlbare und sichere Energieversorgung mit Öl, Gas, Benzin, Strom und Holz. Diese soll mit dem neuen Energiegesetz zerstört werden. Deshalb hat ein überparteiliches Komitee mit Mitgliedern aus FDP, CVP und SVP sowie Wirtschaftsverbänden erfolgreich das Referendum ergriffen.

Nein zu noch mehr Kosten, Abgaben und Gebühren

Das Energiegesetz kostet mit allen nötigen Massnahmen in den kommenden 30 Jahren rund 200 Milliarden Franken. Kosten, welche von der Bevölkerung und den Unternehmen bezahlt werden müssen. Eine massive Erhöhung der Preise bei Heizöl, Benzin und Strom wäre die Folge. Pro Person kostet die utopische Vorlage knapp 800 Franken jährlich – für eine vierköpfige Familie bedeutet dies Mehrausgaben von rund 3200 Franken pro Jahr!

Nein zur staatlichen Lenkung des Energieverbrauchs

Im Energiegesetz ist eine Reduktion von 43% des Energieverbrauchs



Pro Person kostet das Energiegesetz knapp 800 Franken jährlich – für eine vierköpfige Familie bedeutet dies Mehrausgaben von rund 3200 Franken pro Jahr!



Die SVP und weitere Gegner der Energiestrategie haben über 68'000 beglaubigte Unterschriften zum Referendum eingereicht.

ches vorgesehen. Dies bedeutet eine praktische Halbierung des bisherigen Verbrauchs! Ölheizungen sollen bis zum Jahre 2029 verboten werden, die Autofahrten müssten halbiert werden und auch bei der Produktion von Gütern wird es aufgrund höherer Transport- und Herstellungskosten zu massiven Teuerungen kommen.

Nein zu weniger Wachstum und Wohlstand

Die höheren Kosten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Schweizer Firmen gegenüber dem Ausland. Ein Abbau von Arbeitsplätzen in unserem Land wäre traurige Tatsache. Aber auch der Konsum der Bevölkerung

Energie, darum **NEIN**



"Angesichts des Bevölkerungswachstums müsste der Energieverbrauch bis 2035 praktisch halbiert werden. Das verursacht Riesenkosten." Nationalrat Albert Rösti, Parteipräsident

geht mit den zusätzlichen Abgaben und Gebühren zurück. Man verliert quasi doppelt: die Bevölkerung wie auch die Unternehmen werden ärmer – unser einst wohlhabendes Land wird an die Wand gefahren.

Finanzierung ungewiss – die Kosten aber bleiben

Der Entscheid der zuständigen Kommission auf das Klima- und Energielenkungssystem (KELS) nicht einzutreten und damit abzulehnen ist zwar ein erster wichtiger Schritt – leider fehlt damit aber die Finanzierung der im Energiegesetz vorgegebenen Ziele zur Reduktion des Energieverbrauchs. Die Kosten werden also auch weiterhin anfallen und müssten über andere Finanzierungsquellen – z.B. Erhöhung

der Mehrwertsteuer oder Bundessteuer eingeholt werden. Dies schwächt den Mittelstand und unsere KMU.

Nein zu weniger Unabhängigkeit

Der im Energiegesetz vorgesehene Umbau unserer Energieversorgung führt zu mehr Abhängigkeit vom Ausland, zu mehr Kosten in allen Bereichen unserer Gesellschaft und zu mehr staatlicher Regulierung und Zwang gegenüber der eigenen Bevölkerung. Der allmächtige Staat denkt und lenkt – mit dem Energiegesetz wird der Sozialismus in der Schweiz salonfähig!

Nein zur Utopie Energiegesetz – Nein zu staatlichen Zwangsmassnahmen

Wer keine staatlichen Vorgaben zum Energie-Zwangs-Sparen will, wer

keine neuen Abgaben und Gebühren will, wer keine neuen Vorschriften und nicht mehr Bürokratie will, der muss am 21. Mai NEIN zum schädlichen Energiegesetz stimmen. Freiheit und Eigentum sowie Rechtssicherheit dürfen nicht aufgrund einer utopischen Vorlage geopfert werden. Die im Energiegesetz vorgegebenen Ziele würden unser Land über Jahrzehnte hinweg wirtschaftlich schwächen. Die Zeche dieses energiepolitischen Irrsinns bezahlen der kleine Bürger und die KMU.

Alle Informationen:

www.energiegesetz-nein.ch

Nein zur unkontrollierten Einbürgerung

Die Delegierten der SVP Schweiz haben sich am 14. Januar in Le Châble (VS) getroffen. Sie haben deutlich mit 228 zu 1 Stimme die NEIN-Parole zur erleichterten Einbürgerung der 3. Ausländergeneration gefasst, die am 12. Februar 2017 zur Abstimmung kommt. Die JA-Parole zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) wurde vom Parteivorstand gefasst. Im Februar wird auch über die Unternehmenssteuerreform III abgestimmt. Die Delegierten haben die Ja-Parole bereits an der letzten Delegiertenversammlung am 29. Oktober 2016 in Balsthal (SO) beschlossen.

Die Delegierten der SVP Schweiz sagten auch deutlich mit 248 zu 5 Stimmen Nein zu einem Scheinreferendum gegen die Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, da mit einem solchen die masslose Zuwanderung nicht gestoppt wird. Alt Bundesrat Christoph Blocher und Nationalrat Adrian Amstutz haben dazu ausführlich Stellung genommen.

«Wir verdanken der direkten Demokratie unsere stabilen Verhältnisse. Wenn aber das Ventil der direkten Demokratie von der Bundesrats- und Parlamentsmehrheit verfassungsbrecherisch blockiert wird, kann aus dem Unmut schnell Wut werden.»

Nationalrat Adrian Amstutz

Des Weiteren wurde der Parteileitungsausschuss von den Delegierten einstimmig beauftragt, bis zur Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2017 Lösungsvarianten vorzulegen, wie die masslose Zuwanderung gestoppt werden kann. Das falsche Prinzip der heute geltenden Personenfreizügigkeit ist zu beseitigen, die Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden. Ob dafür eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens genügt, oder ob es weitere Massnahmen braucht, soll geprüft werden.



"Ich erinnere Sie daran, dass viele islamische Terroristen, die in den letzten Jahren in Europa Angriffe durchgeführt haben, aus der dritten Generation stammten. Selbstverständlich werden es mit der erleichterten Einbürgerung fortan Schweizer und nicht mehr Ausländer sein, die sich inmitten von Menschenmengen in die Luft sprengen. Damit lassen sich die Statistiken problemlos verschönern."

Oskar Freysinger, Regierungsrat und Vizepräsident SVP Schweiz (VS)



"Ein Referendum macht nur dann Sinn, wenn man lieber zum Ist-Zustand zurück will, aber das wollen wir ja auch nicht."

alt Bundesrat Christoph Blocher



"2017 ist ein Schlüsseljahr für die Unabhängigkeit der Schweiz", erklärte Parteipräsident Albert Rösti zu Beginn der Delegiertenversammlung.



Nationalrat Jean-Luc Addor (VS)

"Was wäre die konkrete Auswirkung, wenn wir ein Referendum gewinnen würden? Der Status quo! Das Umsetzungsgesetz vom 16. Dezember würde nicht in Kraft treten, was wie gesagt keinerlei Unterschied macht. Der Bundesrat müsste machen, was ihm die Verfassung vorschreibt – und was er bereits heute eigentlich machen müsste, weil der Verfassungsauftrag ja nicht umgesetzt wurde: Eine Verordnung erlassen."



Nationalrat Thomas Matter (ZH)

"Heute tun die Wirtschaftsverbände und die anderen Parteien so, als sei die Personenfreizügigkeit ein Bedürfnis und ein grosser Vorteil für die Schweiz. Sie wollen nicht wahrhaben, dass eine Zuwanderung von der Grösse einer doppelten Stadt Zürich seit ihrer Einführung die Schweiz total überfordert und für unser Land langfristig nicht verkraftbar ist. Die Masseneinwanderung überlastet uns, kostet uns, stresst uns und nimmt uns ein grosses Stück Lebensqualität."



Surfen,
telefonieren,
fernsehen.

AB CHF
39.40
PRO MONAT

TV auch
unterwegs
mit der
greenTV App*

Grosse Unterhaltung zum kleinen Preis.

0844 842 842
Hotline Montag – Freitag von 8–17.30 Uhr

* Beim Kauf eines unserer greenMulti-Angebote erhalten Sie das greenTV App kostenlos dazu.

Mehr Informationen unter www.green.ch/basic

SVPler profitieren extrem!

Drucker + Multifunktion

Installation, Instruktion und Netzwerk-Integration optional

brother

2 Jahre Bring-in-Garantie, Onsite anfragen

HL-5100DN

A4-Laser, Mono, 40 S./min.
250+50 Blatt, Netz, Duplex

99.00

+1,5 Rp./K..

HL-L9200CDWT

A4-Farblaser, 30 S./min.
250+500+50 Blatt, Netz,
Duplex, Farb-Touchscreen

299.00

+6 Rp./K.

MFC-8950DW

A4-Multifunktion mit Fax, 500+50
Blatt, Duplex, wireless

299.00

+2 Rp./K.

hp

2 Jahre Bring-in-Garantie, Onsite anfragen

**Grossauswahl HP Drucker + Multifunktion, s/w
+ farbig, A4+A3, alle Toner zu Superpreisen. Anfragen.**

Gratis zu jedem Gerät und Toner ab 500.00;: **1 Multitool-
Sackmesser**, 10 Funktionen, mit Etui und Gratis-Gravur

lexmark

1 Jahre Onsite-Garantie, 2-3 Jahre anfragen

C748DE

A4-Farblaser, 33 S./min.
550+100 Blatt, Netz, Duplex

0.00

+6 Rp./K.

X748DE

A4-Multifunktionr, 33 S./min.
550+100 Blatt, Netz, Duplex

0.00

+9 Rp./K.

oki*

3-5 Jahre Onsite-Garantie

MC853dn

A3-Multifunktion, 23 S./min. Super
Qual. 300+100 Blatt, Netz, Duplex

2590.00

+1,2/10 Rp./K.

MC873dnv

A3-Multifunktion, 35 S./min. Super
Qual., 3x550+300+100, Netz, Dup.

3790.00

+1/9 Rp./K.

***Dazu gratis nach Wahl: iPhone 7 32 GB / iPad Pro 9,7"
/ Jura E6 Platin Kaffemaschine / Fr. 500.00/600 in bar**

OCoTex AG, Rotkreuz - info@ocotex.ch 041 799 50 00

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, wikipédia, SVP Schweiz, webs4you.ch.

ÜBERSETZEN,

LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

SVP unterstützt Schein-Referendum nicht

Die Delegierten der SVP Schweiz sagten am 14. Januar mit 248 zu 5 Stimmen Nein zur Unterstützung des Scheinreferendums gegen die Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Die SVP will, dass die Verfassung durchgesetzt und die masslose Zuwanderung endlich gestoppt wird. Weder ein Ja noch ein Nein zu diesem «Nichtdurchsetzungsgesetz» des Parlaments stoppt jedoch die Masseneinwanderung.

Bringen wir's auf den Punkt: Die Parlamentsmehrheit, bestehend aus Sozialisten und Mitteparteien, hat das Schweizer Volk im letzten Dezember einmal mehr «verseckelt». Sie haben etwas Hinterhältiges getan. Sie haben den Volkswillen nicht umgesetzt und gleichzeitig die Verfassung gebrochen. Mit einem Referendum würde man das gleiche ein zweites Mal tun. Sagt das Volk ja zum Referendum, wäre die Masseneinwanderungsinitiative nicht umgesetzt – sagt es nein, ebenfalls nicht. Das ist nicht demokratisch. Das ist hinterhältig. Deshalb macht die SVP nicht mit.

Schleichender Beitritt in die EU

Es geht den Linken darum, die direkte Demokratie auszuschalten, indem man dem Volk zeigt, dass die Volksentscheide wirkungslos sind. Das Volk soll zermürbt und abstimmungsmüde gemacht werden. Sonst kann man nicht in die Europäische Union. Und letztlich geht es den meisten nur darum. Die Schweiz soll schrittweise in die EU geführt werden. Auf allen Ebenen wird in diese Richtung gearbeitet. So erklärt man das Völkerrecht plötzlich als «demokratisches Recht», das dem Schweizer Recht vorgeht. Ein von Ausländern gemachtes Recht soll plötzlich über allem stehen.

Ende der Personenfreizügigkeit

Volk und Stände haben die Perso-

nenfreizügigkeit verfassungsmässig am 9. Februar 2014 abgelehnt. Der damals beschlossene Verfassungsartikel 121a ist das Gegenteil der Personenfreizügigkeit. Dies hat auch der Bundesrat vor der Abstimmung stets betont, nach der Abstimmung jedoch eine Kehrtwende gemacht. Aber was ist denn eigentlich die Personenfreizügigkeit? Die Personenfreizügigkeit gibt einem

sichtlich der Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen usw. gleich behandelt zu werden wie die schweizerischen Staatsangehörigen. Die Personenfreizügigkeit schadet der Schweiz.

Die Delegierten haben deshalb dem Parteileitungsausschuss den Auftrag gegeben bis zum 24. Juni 2017 Lösungsvarianten auszuarbeiten und



Die Delegierten der SVP Schweiz sagten am 14. Januar mit 248 zu 5 Stimmen Nein zur Unterstützung des Scheinreferendums gegen die Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Ausländer den Rechtsanspruch, in unserem Staat Arbeit zu suchen, und ohne besondere Bewilligung zu arbeiten. Zu diesem Zweck kann er dann auch in der Schweiz wohnen, die Familie nachziehen. Er hat hin-

vorzulegen, wie die masslose Zuwanderung endlich gestoppt werden kann, beispielsweise durch ein verfassungsmässiges Verbot der Personenfreizügigkeit allgemein – nicht nur mit der EU.

29. Albisgüetli-Tagung

Im Mittelpunkt des Parteitags 2017, der im Jubiläumsjahr „100 Jahre SVP Kanton Zürich“ stattgefunden hat, stand die traditionelle Hauptansprache von alt Bundesrat Christoph Blocher, dem Gründer der Albisgüetli-Tagung. Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD, hat die Sicht des Bundesrats dargestellt. Kantonsrat Konrad Langhart, Präsident der SVP Kanton Zürich, hielt als Gastgeber die Begrüssungsansprache.



Auszug aus der Rede von alt Bundesrat Christoph Blocher

Das erklärte Ziel von Bundespräsidentin Leuthard ist es, in den Beziehungen zur EU wieder zur Normalität zu finden. Was aber sind denn normale Beziehungen? Bis heute waren dies doch freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten in der Welt, auch zur EU, vertragliche Vereinbarungen, ohne die Souveränität preiszugeben, unter Respektierung der beidseitigen Interessen. Daraus würde aber folgen, dass weder eine Anbindung noch eine Eingliederung an, beziehungsweise in die EU, gutgeheissen werden darf!

Aber leider meinte Frau Bundespräsidentin, die im Namen des Bundesrates sprach, mit Normalität genau das Gegenteil. Für sie ist Normalisierung der Verhältnisse mit der EU – und sie erklärt dies wörtlich und ganz unumwunden und sogar auf Hochdeutsch: "früher oder später ein institutionelles Abkommen."

So. Da haben wir es. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Jetzt liegt die Wahrheit auf dem Tisch.

Diese sogenannte Normalität soll hier ihre Erfüllung finden: In einem institutionellen Abkommen mit Brüssel soll sich die Schweiz verpflichten, dass in

Zukunft die EU für die Schweiz gültige Gesetze erlässt, ohne Mitbestimmung der Schweizer Bürger, also auch gegen deren Willen. Im Weiteren soll sich die Schweiz verpflichten, fremde Richter anzuerkennen.

2017 soll demnach eine Anbindung an die Europäische Union erfolgen! Das heisst: Gute Nacht schweizerische Unabhängigkeit und schweizerische Selbstbestimmung. Gute Nacht Freiheit. Gute Nacht Stimmrecht für uns Schweizer! Und das heisst, dass das über 700-jährige Bekenntnis der Schweiz "Wir wollen keine fremden Richter haben" widerrufen wird. Kurz: Eine Schweiz, die diesen Namen verdient, gibt es dann nicht mehr!

Auf eine solche Normalität mit der EU verzichten wir. Nur um für die EU-Bürokraten als normal zu gelten, darf doch die Schweiz nicht abgeschafft werden. Lieber mit der EU im Konflikt leben, als die Schweiz preiszugeben!



Auch dieses Jahr war die Albisgüetli-Tagung innerhalb kurzer Zeit ausverkauft (1240 Plätze).

Auszug aus der Rede von Parteipräsident Kanton Zürich Konrad Langhart



Die Nicht-Umsetzung der MEI durch das eidgenössische Parlament hat uns eine neue bedenkliche Dimension von Volksverachtung vor Augen geführt. Bundesbern macht alles um Brüssel zu gefallen. Aber: Jean-Claude Juncker ist trotz Judaskuss, den er unserer Justizministerin aufgedrückt hat, kein Apostel und für die bundesrätlichen Wallfahrten nach Brüssel müssen wir, das Volk, letztendlich das Kreuz tragen. Wir erleben täglich eine erniedrigende Unterwürfigkeit gegenüber der EU und fremden Richtern! Für mich steht Justitia aber immer noch auf dem Gerechtigkeitsbrunnen von Bern und nicht in Brüssel oder Strassburg.

Auszug aus der Rede von Bundesrat Ueli Maurer

Mich fasziniert, wie die Mächtigen auf Kritik reagieren: Man will nicht die Missstände beseitigen, sondern die unbequemen Stimmen. So vergibt man die Chance für Verbesserungen. Das erweist sich als folgenschwere Fehlbeurteilung: Man merkt nicht, wie weit verbreitet der Unmut über die herrschenden Zustände mittlerweile ist. Man bestärkt sich in führenden Kreisen gegenseitig darin, dass ja eigentlich alles gut sei; dass es so sein muss, wie es jetzt ist; dass man es nur mit einzelnen Querulanten zu tun hat, die einen Teil des vermeintlich dummen Volkes verführen.

Oben nimmt man nicht zur Kenntnis, welche Sorgen die Bevölkerung unten plagen. Die Elite lebt in einer anderen Welt und spricht eine andere Sprache. Beides wortwörtlich: Vor 500 Jahren macht der Papst grosse Politik und baut am prachtvollen Petersdom. Karl V., König und später dann Kaiser, regiert damals unter anderem sowohl über Spanien als auch über Deutschland. Er spricht französisch, aber kaum spanisch

und kaum deutsch. Selbst wenn er mit seinen Untertanen gesprochen hätte, verstanden hätte er sie nicht. In der Kirche dasselbe, die Sprache ist lateinisch. Rückblickend ist es ja sonnenklar, dass es nicht gut kommt, wenn man so offensichtlich am Volk vorbeiredet. Aber wie ist es heute? Auch Bundesbern hat

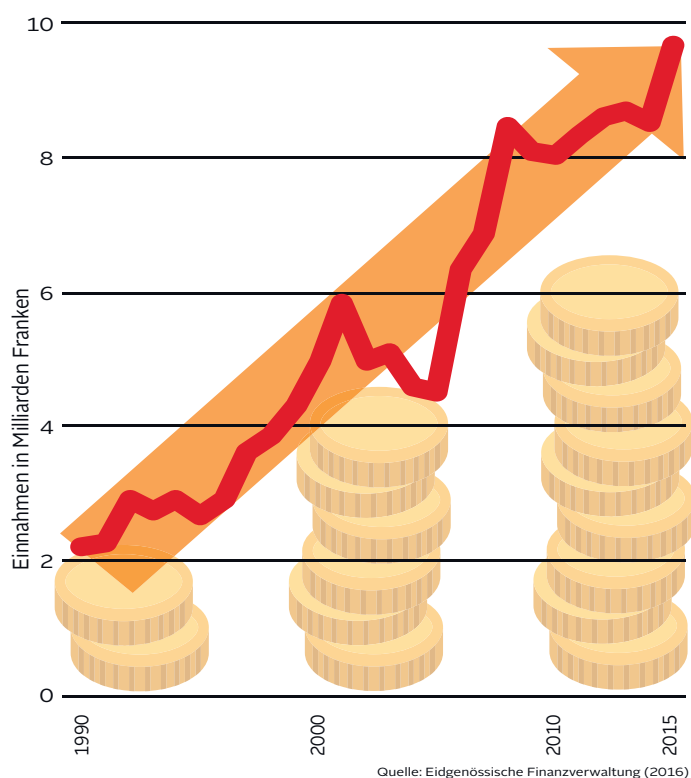
eine eigene Sprache. Ich denke häufig: Rein sprachlich ist es zwar Deutsch, aber verstehen tut es trotzdem niemand ... Oder lesen Sie einmal eine EU-Richtlinie durch. Da kann man nur noch den Kopf schütteln und an Goethe denken: „Da steh‘ ich nun, ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor“.



Jetzt abstimmen – am 12. Februar zählt Ihre Stimme!

Was die SP-Bosse verschweigen

Unternehmen bezahlen immer mehr

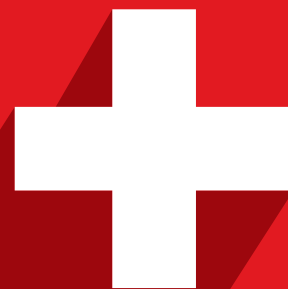
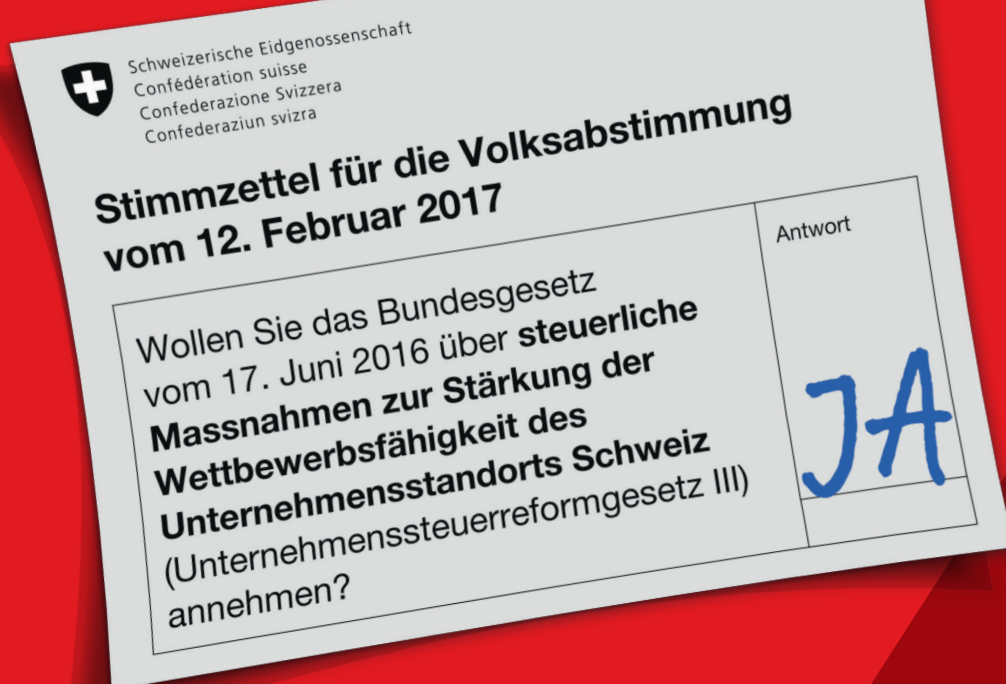


Entgegen linken Falschmeldungen waren alle bisherigen Steuerreformen stets ein Erfolg. Das zeigen die Zahlen vom Bund klar. Heute liefern die Unternehmen dem Bund jährlich fast 10 Milliarden Franken ab. Das ist mehr als vier Mal so viel wie 1990. Weitere Milliarden zahlen sie an Kantone, Gemeinden und in die Sozialversicherungen. Damit das so bleibt, braucht es die Steuerreform.

Darum empfehlen Bundesrat, Kantone und Gemeinden, Industrie, Gewerbe, Bauern und Ihre SVP ein JA!



www.steuerreform-ja.ch



Steuerreform Ja